



Iran: Fortsetzung des politischen Dialogs weiterhin erforderlich

Prof. Dr. Eberhard Schneider

Januar 2012

Zusammenfassung

Bei der Analyse der iranischen Bedrohung könnte – wie zu Zeiten des Kalten Kriegs – zwischen Capabilities und Intentions unterschieden werden. Die Intention des Iran ist die präsidentielle Aussage über die Notwendigkeit, Israel zu vernichten. Ein Weg zur Entschärfung des Spannungsverhältnisses zum Westen bestünde darin, Teheran zu der öffentlichen Aussage von hoher Stelle zu veranlassen, dass es nicht gegen die Existenz des Staates Israel ist, sondern nur gegen dessen gegenwärtige Regierung und deren Politik. Diese Überlegung wurde von akademischen Kreisen, die auch politische Verantwortung im iranischen Parlament tragen, und von wichtigen Vertretern der Präsidentschaft interessiert aufgenommen. Die demokratischen Komponenten sind im Iran zwar eingeschränkt, aber dennoch vorhanden, Meinungspluralismus ist bis zu einem gewissen Grad zugelassen. Träger von demokratischen Elementen ist die neue iranische Mittelschicht. Ein thematisch nicht zu eng gefasster Dialog könnte zu ihrer politischen Stärkung beitragen.

Das ISPSW

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.



ANALYSE

Die Drohungen Teherans zu Jahresbeginn, die Straße von Hormus zu schließen, wenn der Westen neue Sanktionen beschließt, die Reaktion der USA darauf, die Straße dann mit militärischen Mitteln wieder zu öffnen, und die prinzipielle Einigung der Europäischen Union, über den Iran ein Ölimportembargo zu verhängen, rückten das Land am Persischen Golf wieder in die Schlagzeilen der Weltpolitik. Die bisher gegen den Iran verhängten Sanktionen haben die Fortführung der Arbeiten an seinem Nuklearprogramm mit „möglicher militärischer Dimension“ (IAEO-Bericht) nicht verhindert. Die Verhängung weiterer Sanktionen dürfte diese ebenfalls nicht bremsen, sondern im Gegenteil Trotzreaktionen hervorrufen. Die Weigerung Moskaus 2010 in Umsetzung des Waffenlieferungsembargos der Vereinten Nationen, dem Iran die bereits bezahlten S-300-Luftabwehr-Raketen nicht zu liefern, führten dazu, dass Teheran die Pläne verwarf, das Uran für seine zivilen Atomanlagen in Russland anreichern zu lassen und die alten Brennstäbe ebenfalls dort zu entsorgen. Weitere Sanktionen dürften das Mullah-Regime mit seinen internen Machtkämpfen nicht daran hindern, sich seine Atombombe zuzulegen. Die Drohung des Iran, bei weiteren Sanktionen des Westens sein Öl als Waffe einzusetzen¹, bleibt allerdings ebenfalls wirkungslos, wenn Saudi-Arabien die Lieferausfälle ausgleicht.

Eine militärische Alternative ist keine wirkliche Lösung, denn Militärschläge aus der Luft würden die iranischen Atomanlagen, die auch in Gebirgsmassiven eingerichtet worden sind, nicht treffen, sondern im schlimmsten Fall einen Flächenbrand im Nahen und Mittleren Osten auslösen. Es bleibt nur die Alternative eines wirklichen Dialogs mit dem Mullah-Regime in Teheran, dessen demokratischen Komponenten „zwar eingeschränkt, aber zweifellos vorhanden“ sind. Sie „werden von der – unverändert zentralen – Ideologie Chomeinis insofern gestärkt, als diese Meinungspluralismus zulässt“.²

Ein Ansatz könnte sein, die Methode zur Analyse der Bedrohung des Westens durch die Sowjetunion zu Zeiten des Kalten Krieges anzuwenden. Wir haben damals zwischen Capabilities und Intentions unterschieden. Capabilities waren die mit Atomsprengköpfen bestückten sowjetischen Interkontinentalraketen, die Intentions bildete die ideologische Aussage der Weltrevolution und dazu die Unterstützung der kommunistischen Partei in anderen Ländern. Auf den Iran übertragen: Capabilities sind die kürzlich getesteten Raketen mit einer Reichweite von 200 km, die unter Umständen in naher Zukunft mit einem Atomsprengkopf bestückt sein könnten.³ Intentions sind die Leugnung des Holocaust durch den iranischen Präsidenten Ahmadineschad und seine Aussage 2005 über die Notwendigkeit, Israel von der Landkarte zu tilgen, ursprünglich vom Begründer der einzigen Theokratie auf der Welt, von Chomeini formuliert.

Ein Weg zur Entschärfung des Spannungsverhältnisses Irans zum Westen bestünde darin, Teheran zu der öffentlichen Aussage von hoher Stelle zu veranlassen, dass es nicht gegen die Existenz des Staates Israel ist, sondern nur gegen die gegenwärtige israelische Regierung und deren Politik. Dieser Versuch wurde von akademischen Kreisen, die auch politische Verantwortung im Auswärtigen Ausschusses des iranischen Parlaments tra-

¹ Roell, Peter, Iran: Foreign and Security Policy Aspects. Rhodes Forum VIII Annual Session, World Public Forum “Dialogue of Civilizations” October 7 - 11, 2010, Rhodes Greece

<http://www.isn.ethz.ch/isn/Digital-Library/Publications/Detail/?id=122824>

² Posch, Walter, Ahmadineschad und die Prinzipalisten. Irans politische Rechte und die Perspektiven für einen neuen Elitkompromiss. Berlin 2011, S. 10 (SWP-Studie S. 35 der Stiftung Wissenschaft und Politik)

³ In diesem Zusammenhang ist vielleicht auch die Äußerung des Sprechers des russischen Verteidigungsministeriums, Oberst Wadim Kowal, gegenüber der russischen Nachrichtenagentur INTERFAX vom 03.01.2012 interessant, wonach der Iran über keine Technologie verfügt, um eine Interkontinentalrakete bauen zu können.



gen, und von wichtigen Vertretern der Präsidentialadministration interessiert aufgenommen. Bereits im Herbst 2010 hatte der Leiter Präsidentialverwaltung Maschai angeregt, mehrere islamistische Tabus zu brechen, „indem mit großem Pomp die von Chomeini diskreditierte altpersische Geschichte rehabilitiert, von einer eigenen Schule des iranischen Islam gesprochen, den Frauen der Zugang zu Sportveranstaltungen erlaubt und sogar von einer möglichen Freundschaft zum israelischen Volk gesprochen wurde“.⁴

Akademische Vertreter, die gleichzeitig Mullahs sind, wiesen diese Überlegungen erst einmal sofort zurück. Aber den Aussagen, dass der Staat Israel 1948 von den Vereinten Nationen gegründet worden ist unter Zustimmung aller Vetomächte des Sicherheitsrats und dass der Staat ein Völkerrechtssubjekt ist, widersprachen sie ebenso wenig wie der Feststellung, dass der Iran ohnehin nicht in der Lage sein wird, den Staat Israel zu vernichten.

Wenn es überhaupt einen Träger von demokratischen Elementen in der iranischen Gesellschaft gibt, dann ist es die neue islamische Mittelschicht. Dabei wird Demokratie im Iran nicht eine westliche sein, sondern eine iranische, die sich im Rahmen der islamischen Religion bewegt. Teile der iranischen Reformkräfte haben mit dem Anführer des politischen Konservatismus, dem Parlamentspräsidenten Ali Laridschani, einen Kompromiss gefunden. Durch diesen dürfte sich zwar die Demokratie nicht auf der ganzen Linie durchsetzen, immerhin aber die demokratischen Strukturen im Lande gestärkt werden.⁵

Laridschani möchte 2013 Präsident werden, denn Ahmadinedschad darf kein drittes Mal mehr kandidieren. Im Iran hat der Präsident eigentlich nur die Funktion eines Regierungschefs, denn geistliches und damit wirkliches Staatsoberhaupt ist der Oberste Rechtsgelehrte Chameini, der vom Expertenrat auf Lebenszeit gewählt wird. Der Expertenrat besteht aus 88 Klerikern, die für acht Jahre von der Bevölkerung direkt gewählt werden. Chameini versucht, die verschiedenen Machtgruppen auszubalancieren. Dazu nutzt er u.a. den Wächterrat, der aus sechs Klerikern besteht, die er ernennt, und aus sechs Juristen, die der Oberste Richter bestimmt. Der Wächterrat überprüft die Gesetze, die das Parlament beschlossen hat.

Auch wenn der Iran die Atomwaffe nicht einsetzen dürfte, würde Teheran versuchen, daraus politisches Kapital zu schlagen und sich zur regional dominierenden Macht aufzuschwingen: Als Reaktion dürfte sich der Hauptrivale Irans in der Region, Saudi-Arabien, ebenfalls eine Atombombe zulegen. Und Deutschland müsste dann Positionen überdenken: „weniger Zurückhaltung bei Rüstungsexporten in arabische Länder; mehr Engagement im Rahmen der NATO bei der Raketenabwehr; weniger Druck hinsichtlich des Abzugs von US-Kernwaffen aus Europa“.⁶

Der Europäischen Union fehlt eine durchdachte Iran-Strategie. Ihre gesamte Iran-Politik ist nuklear-zentriert. Die Stimme Deutschlands, das als einziges Land neben den vier Vetomächten mit dem Iran seit Jahren den Dialog über dessen Atomprogramm führt, wird in Teheran besonders gehört. Es wäre gut, wenn wir uns für die Fortführung des Dialogs mit Teheran einsetzen würden. Zu Jahresbeginn hatte Teheran der EU Verhandlungen abgeboten.

⁴ Posch a.a.O. S. 26.

⁵ Posch a.a.O. S. 27.

⁶ Thränert, Oliver, Atomwaffe Iran? Der Preis wäre hoch, in: Tagesspiegel, 03.01.2012, S. 6.



Dieser Dialog sollte als Nahziel zu erreichen versuchen, dass Teheran erlaubt, dass die Inspekture der IAEO im Iran alles kontrollieren können, was sie wollen. Als weiteres Ziel sollte dieser Dialog sich auch auf andere Bereiche erstrecken und damit indirekt die Mittelschicht im Iran politisch stärken.

Anmerkung: Der Beitrag gibt die persönliche Meinung des Autors wieder.

Über den Autor dieses Beitrags

Prof. Dr. Eberhard Schneider, Advisory Board Member of the EU-Russia Centre in Brüssel und Universität Siegen. Prof. Schneider liest regelmäßig an der Faculty of World Studies der Universität Teheran im Iran über aktuelle Entwicklungen in der russischen Innen- und Außenpolitik in Russisch. Er arbeitet gegenwärtig an einem Buch über die Elite unter Putin in Politik (Staatsduma, Präsidentialadministration, Regierung, Föderationsrat, Gouverneure), Wirtschaft (Oligarchen, staatliche und halbstaatliche Unternehmen, Unternehmerverbände), Militär, Geheimdienste, Innenministerium, Massenmedien (Fernsehen, Radio, Printmedien), Wissenschaft, Gewerkschaften, Kultur, Gesellschaft (vor allem NGOs), Kirchen.



Prof. Dr. Eberhard Schneider